

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.02.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus,
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende:

Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	i.V.
Frau Heike Wießner	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE Linke.	i.V.
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Herr Uwe Kramer
Frau Helga Schubert
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Kerstin Masur
Frau Sylvia Plättner

Beratende Mitglieder

Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle	
Herr Rene Moses	Humanist. RV	
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat	Teilnahme bis 18.00 Uhr
Frau Katharina Brederlow	amt.FB-leiterin	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur	
Frau Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde	
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	Teilnahme bis 18.00 Uhr
Frau Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration	
Herr Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter	Teilnahme bis 18.30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr A. Schachtschneider	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Antje Klotsch

Beratende Mitglieder

Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Herr Dr. Hendrik Kluge	
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungs- beauftragte

Frau Carola Messerschmidt LVA, Abt. Schule
und Kultur

Frau Carmen Wiebach Jobcenter
Herr Richter Bruno Glomski Amtsgericht

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren, wurde diese sofort wieder beendet.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass heute zur Tagesordnung einige Veränderungen anstehen. Sie sagte diese an:

Von der Tagesordnung werden gestrichen: die TOP 5.2 BEP 2013 und 5.5 Erarbeitung einer Richtlinie für die Kindertagespflege als auch der Bericht zur Schulsozialarbeit unter 8.1.. Die Vorlagen und der Bericht werden von der Verwaltung zurückgestellt.

Auf die Tagesordnung müssen aufgenommen werden:

- Als TOP 5.1.1 die Vorlage zum Haushaltsplan 2013 – Änderung zur Planversion E31 Hierzu gab es heute noch zwei Austauschblätter zu den Seiten 2 und 5, diese liegen den Mitgliedern vor.
- Als TOP 5.3.1 der Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen
-

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob es weitere Änderungswünsche gibt. Dies war nicht der Fall.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung auf.

Einstimmig zugestimmt

. Kinder- und Jugendsprechstunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2012

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Vorlage: V/2012/11037

Haushaltsplan 2013 - Änderung zur Planversion E31
 - 5.1.1 Vorlage: V/2013/11405

 .

 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage
 - 5.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.:
.1. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11481
 - 5.2. Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien
Vorlage: V/2012/11305

 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003, hier § 5 Betriebsferien [Vorlagen-Nr.: V/2012/11305]
. Vorlage: V/2013/11477
 - 5.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - V/2012/11305
. Vorlage: V/2013/11417
 - 5.3. Geschäftsordnung der Sozialraumgruppen der Jugendhilfe -1.Änderung
Vorlage: V/2012/11335
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276
 - 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Kindertagespflege
Vorlage: V/2012/11282
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2012**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 06.12.2012 gibt. Dies war nicht der Fall. Der Niederschrift wurde zugestimmt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab bekannt, dass es in der nicht öffentlichen Sitzung vom 10.01.2013 keine Beschlüsse gab.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011** **Vorlage: V/2012/11037**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass heute die 2. Lesung zum Haushalt des Fachbereiches Bildung, hier Jugendamt, ist. In der 1. Lesung gab es Fragen, welche die Verwaltung beantwortet hat. Noch offenstehende Fragen können jetzt gestellt werden. Die Verwaltung hat eine Änderung zur Planversion E31 vorgelegt, wozu es heute zwei Austauschblätter zu den Seiten 2 und 5 gab.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Reduzierung der 6,5 Mio Euro an. Die Einarbeitung der Änderungen, welche durch das KiföG kommen werden, sind auch noch nicht im Haushalt enthalten.

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dass die Anfrage zu den Kürzungen auch eine Frage der Auswirkungen auf die Träger und Eltern ist. Das wird sich beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten und bei den Freien Trägern der Jugendhilfe dann zeigen. Zu den tatsächlichen Ist-Zahlen von 2012 gibt es noch keine Informationen. Laut Information von Herrn Geier sind noch nicht alle Buchungen von 2012 abgeschlossen worden, deshalb liegen auch noch keine endgültigen Zahlen vor.

Anfragen Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zum Stellenplan.

Welche Veränderungen hat es gegeben? Durch das Dienstleistungszentrum Familie gibt es personelle Verschiebungen, hier ist auch die Ausschreibung zu der Leiterstelle gewesen. Wie ist der Stand hierzu? Wo ist im Stellenplan die Stelle von Herrn Rochau zu finden?

Hinweis von Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass bei Anfragen zu einzelnen Personen dies in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung gehört. Sie kann zur letzten Anfrage sagen, dass diese Personalstelle nicht in diesem Stellenplan, der heute vorgestellt wird, enthalten ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass zu den Personalstellen sicher noch durch den FB Verwaltungsmanagement, eine Stellenmatrix den

Stadträten vorgelegt wird. Hier kann dann nach einzelnen Stellen nochmals geschaut werden. Die Bewerbergespräche zu den Stellenausschreibungen werden erfolgen, das wird aber noch Zeit in Anspruch nehmen.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, welche Ausgaben sollen innerhalb dieser Reduzierungen eingespart werden? Wie hoch ist der Anteil beim EB Kita?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass es die Aufforderung gab, diese 6,5 Mio Euro zu untersetzen, das wurde nicht gemacht, so dass dies über die Kämmerei veranlasst wurde. Es ist noch unklar, wie viel Anteile davon beim EB Kita liegen. Es wird hier von ca. 2,3 Mio Euro ausgegangen. Der Rest würde dann bei den Freien Trägern liegen. Es ist eine pauschale Kürzung, die nicht auf einzelne Träger runter gerechnet wird. Gegenwärtig liegt noch nicht der bestätigte Wirtschaftsplan des EB Kita vor, so dass hier auch noch keine verbindlichen Zahlen genannt werden können.

Hinweis Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dass wir in dem Bereich Kita unter dem Ergebnis von 2012 bleiben müssen.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass dies doch gar nicht gehen kann.

Herr René Trömel, DIE LINKE., dankte der Verwaltung für die Zuarbeit zum Stand Personal, welcher heute ausgelegt worden ist. Anfrage, wie viel von den aufgeführten 189,95 VBE sind tatsächlich besetzt?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass die 189,95 VbE die Stellen laut Stellenplan sind. Die unbesetzten Stellen sind in der Aufführung oben zu finden. Für die Besetzung der noch offenen Stellen laufen Personalauswahlverfahren.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., zu den laut Stellenplan ausgewiesenen 20 unbesetzten Stellen im Amt.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass einige Personalstellen unbesetzt sind. Sobald die Bewerbungsverfahren abgeschlossen sind, kann die Stellenbesetzung erfolgen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Schule, wies darauf hin, dass die im Stellenplan ausgewiesenen Stellen nicht die Stellen sind, die Frau Brederlow tatsächlich benötigt. Der notwendige Mehrbedarf an Personalstellen ist nicht aufgenommen.

Herr René Trömel, DIE LINKE., von den ausgewiesenen 10 Stellen im Beamtenstatus gehen 6 Stellen in das Dienstleistungszentrum Familie. Das sind hoheitliche Aufgaben, wie erfolgt dann die Besetzung bzw. wie werden diese wahrgenommen?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass dies der Stellenplan mit Stand von Mitte Januar ist, welcher zur Verfügung steht. Es ist eine Frage der Zuordnung. Die hoheitlichen Aufgaben sind bspw. Unterhalt/Vaterschaft, Unterhaltsvorschuss. Diese Aufgaben gehen mit dem Stellen mit ins Dienstleistungszentrum. Damit gehen auch die hoheitlichen Aufgaben aus dem Fachbereich heraus. Es ist die Frage, ob es zulässig ist, dass diese hoheitlichen Aufgaben aus dem Fachbereich heraus gelöst werden.

Herr René Trömel, DIE LINKE., im Jahr 2012 waren ca 57 Mio Euro für den Bereich Kindertagesstätten angemeldet. Ein Mehrbedarf von 2,4 Mio Euro war gegeben. Im

Planansatz sind jetzt 57,1 Mio Euro für Kita geplant. Wie hoch sind die internen Anmeldungen für diesen Bereich? Es kann nicht über einen reduzierten Haushalt in diesem Bereich gesprochen werden, wenn klar ist, dass dies nichts bringt und die Mittel nicht reichen werden. Der Wirtschaftsplan vom EB Kita ist noch nicht bestätigt worden. Ist die Summe hier eingearbeitet worden, die benötigt wird? Wurden bspw. auch die Tariferhöhungen in vollem Umfang berücksichtigt und wie wird mit der Umsetzung des KiföG umgegangen, wo findet sich das wieder?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass die KiföG-Änderungen hier nicht eingearbeitet sind. Es wird z.Zt. eine Hochrechnung gemacht, was den Bereich „Betrieb von Kindertageseinrichtungen“ angeht. Es wird von ca. 3,7 Mio Euro mehr ausgegangen, evtl. kommt hier noch eine Deckung aus dem Land hinzu, was gegenwärtig noch nicht verbindlich gesagt werden kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erinnerte an die Haushaltsplandiskussion 2012, hier war die Frage, wie viel wir an Mitteln für Kita in 2012 einstellen können. Die interne Anmeldung für Mittel in diesem Bereich für 2013 war entsprechend der Bedarfslage höher als jetzt enthalten ist.

Herr René Trömel, DIE LINKE., möchte, dass den Fraktionen die Anmeldung der Haushaltszahlen, die über den GB IV erfolgt sind, vorgelegt wird. Er macht wiederholt darauf aufmerksam, dass diese Anmeldung noch ohne die benötigten Mittel entsprechend der KiföG-Änderungen erfolgt ist.

Frau Raab, FDP-Fraktion sprach an, dass sie die reduzierten 6,5 Mio Euro in diesem Bereich nicht einfach so passieren lassen kann. Klar ist, dass diese Reduzierung nicht mit Einverständnis der Verwaltung so erfolgte. Wenn 6,5 Mio Euro in diesem Bereich offen bleiben, wie soll dann eine Zustimmung zum Haushalt erfolgen? Es muss klar sein, woher die Mittel kommen sollen, hierfür muss es klare Vorstellungen geben.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, sprach an, dass sie nicht einfach sagen kann, sie nimmt diese Summe irgendwo raus, auch wenn die Summe pauschal raus kommen muss. Klar ist, dass die Mittel nicht reichen werden und demzufolge im Laufe des Jahres auch ein Nachtrag erfolgen muss. Mehr kann sie dazu nicht mitteilen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass er die Mittelanmeldung jetzt vorliegen hat und teilte dazu mit, dass die Planzahl in diesem Bereich für 2012 bei 35,7 Mio Euro war und für das Jahr 2013 waren es 42,2 Mio Euro. Das Budget nach der Haushaltsklausur war dann um 6,5 Mio Euro reduziert worden. Wenn die Mittel nicht reichen, gibt es nur 3 Varianten, um zu Mitteln zu kommen:

1. Gebührenerhöhung Kita
2. Erhöhung des Eigenanteils bei den freien Trägern von Kitas
3. Mit Mitteln von Dritten zu rechnen

Hier kommen nur die Varianten 1 und 2 in Betracht, da von 3. nicht auszugehen ist.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, zum Stellenplan. Das Fan-Projekt soll aus dem Fachbereich zum Oberbürgermeister wechseln. Gibt es dafür eine fachliche Erklärung? Sie macht sich Sorgen um die fachliche Begleitung, wenn die Stelle nicht mehr zum Fachbereich gehört.

Antwort Frau Brederlow, dass sie hierzu nächste Woche einen Gesprächstermin hat. Es handelt sich um ein Streetwork-Fanprojekt. Wenn eine fachliche Unterstellung nicht mehr gegeben ist, fallen auch Bundesmittel hierfür weg, da dies eine Voraussetzung ist. Es muss auf jeden Fall ein Streetwork-Fanprojekt bleiben. Wem diese Stelle zugeordnet wird, spielt

hierbei weniger eine Rolle. Prävention und Intervention dürfen hier nicht zu stark vermischt werden.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie möchte, dass heute eine Entscheidung zum Haushalt herbei geführt wird, da auch eine 3. Lesung keine anderen Resultate bringen wird. Diskussionen bringen keine fehlenden 6,5 Mio Euro ein. Der Finanzausschuss muss sich auch damit beschäftigen und wenn es bei dieser Reduzierung bleibt, wird es eine Ablehnung dazu geben. Die Verwaltung wollte von Nachträgen im Bereich HzE und Kita wegkommen, also muss auch von realistischen Zahlen gesprochen werden, die von vornherein im Haushalt eingestellt sein müssen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass von einer 3. Lesung bisher auch keine Rede war. Allgemein besteht hier Ratlosigkeit, woher die fehlenden 6,5 Mio Euro kommen sollen. Die Stadt muss ihren Haushalt sanieren und von den Schulden wegkommen. Diese Summe in dem Kita-Bereich wird aber definitiv benötigt, was auch allen Mitgliedern im JHA klar ist.

Sie gab das Wort an Frau Schneider, damit diese die Änderungen zur Planversion E31 erläutern kann.

Frau Schneider, Teamleiterin Finanzen/Fördermittel, sprach an, dass Änderungen im Teilergebnisplan des Fachbereiches Bildung in unterschiedlichen Produkten und in der Kostenstelle 51.00.1230 erforderlich waren. Diese Änderungen wurden auch haushaltsneutral dargestellt, der Zuschussbedarf wird nicht erhöht. Es handelt sich hierbei um Änderungen, welche nach Planaufstellung bekannt geworden sind. Sie erläuterte diese Erträge und Aufwendungen in den aufgeführten Produkten entsprechend (siehe auch Begründung in der Vorlage V/2013/11405). Sie wies auf die Austauschseite 2, welche heute verteilt wurde, hin. Hier gab es eine Änderung bei 1.36101 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen: Im Bereich der KJHG-Ermäßigungen-Kita-Beitrag ist eine Erhöhung im Planansatz erforderlich. Es muss hier von einem erheblichen Mehrbedarf als bisher ausgegangen werden. Mit einem Anstieg auf der Grundlage des Rechtsanspruches nach dem neuen KiföG muss zusätzlich gerechnet werden. Sie erläuterte die erhöhten Aufwendungen in der Kostenstelle 5100.1230 FB Bildung gesamt (ohne Schulen). Es sind Umzugskosten für 80 Arbeitsplätze geplant. Hierzu gab es die Information aus dem GB I, dass die Kosten für die Umsetzung von DV-Technik bei den Fachbereichen einzuplanen sind und nicht mehr vom Bereich Datenverarbeitung Koordination vorgehalten werden. Es mussten für 80 Arbeitsplätze und Server auf der vom Bereich Finanzen mitgeteilten Orientierungsgrößen Kosten eingeplant werden, das sind 15.200 Euro zusätzlich. Es wurde auch der Mietaufwand für das beabsichtigte Objekt in der Freiimfelder Straße, welches mit Mietvertrag ab 1.7.2013 geplant ist, berücksichtigt (Miete + NK). Auf dem Austauschblatt S. 5 findet sich das jetzt wieder. Es wurden auf dieser Austauschseite auch die Haushaltsänderungen alle haushaltsneutral zusammen gefasst, so dass dies als Übersicht für die Mitglieder enthalten ist.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (freie Träger) zu den Reduzierungen im Bereich Förderung Freie Träger/Jugendpauschale. Hier wurde von 1,7 auf 1,6 Mio Euro reduziert. Jetzt liegt die Veränderung zur Jugendpauschale als Landeszusweisung in Höhe von 550.200 Euro vor, aber gleichzeitig ist klar, dass sich der kommunale Anteil an Förderung immer mehr reduziert. Sieht er das richtig?

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, wies darauf hin, dass im Haushalt im Dezember 2012 in diesem Produkt erst nur 1,5 Mio Euro drin waren. Durch Zuweisung der Jugendpauschale wurden die Planansätze jetzt wieder erhöht. Somit entsprechen diese nach Haushaltsänderung wieder dem Planansatz von 2012. Im JHA am 06.12.12 wurde die Verteilung der Mittel beschlossen.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) zur Darstellung der Umzüge, heißt dies, dass in das Objekt Freimfelder Straße 80 Personen einziehen werden?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass es sich bei den Angaben zu den Umzügen um regelmäßige Umzüge im Fachbereich Bildung handelt. Durch die Umzüge muss auch die Technik umgesetzt werden, was immer über einen Dienstleister erfolgen muss. Für 2013 sind im Fachbereich Umzüge eingeplant, u.a. auch in das Objekt Freimfelder Straße, aber auch durch Zusammenlegungen von Teams bspw. im UVG-Bereich oder in der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Diese Teams werden zentral wieder zusammen gelegt.

Anfrage Herr Dölle, wie viel Mitarbeiter in das Objekt Freimfelder Straße ziehen werden?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass es sich hier um ein sozialpädagogisches Team mit 14 Arbeitsplätzen handelt.

Anfragen Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, 1. wieso die Vorlage zur Freimfelder Straße nicht öffentlich ist? 2. Bei der Beschlussvorlage zur Änderung der Planversion E31 gab es heute noch zwei Austauschseiten, kommt das auch in den Finanzausschuss?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, zu 1. Diese Vorlage muss in den nicht öffentlichen Teil, da hier auch Vertragsinhalte und wirtschaftliche Dinge benannt werden.

Antwort Frau Schneider zu 2., dass die Änderung zur Planversion mit den Austauschseiten nur im JHA eingereicht wird. Für den Finanzausschuss bereitet die Kämmerei eine Vorlage mit allen Änderungen aus den Geschäftsbereichen vor, in welcher auch die Änderungen unseres Fachbereiches enthalten sind.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu den Mitteln für die freien Träger, die jetzt da sind, kommen diese aus einem anderen „Topf“?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, diese Mittel stehen zur Verfügung, da auch die Landeszuweisung Jugendpauschale gekommen ist. Hier ist jetzt der Planansatz wie im Jahr 2012 geblieben.

Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), wo die 190.000 Euro sind, 310.000 Euro wurden kompensiert.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass diese Summe im Haushalt des FB Bildung bleibt. Evtl. wird die Reduzierung im Bereich Kita darüber ausgeglichen werden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass die Kommune sich immer mehr mit den Zuschüssen zurückzieht. Was ist, wenn im Jahr 2014 die Jugendpauschale nicht kommt und dann auch im Bereich der Förderung freier Träger noch weniger Mittel zur Verfügung stehen?

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass es nicht sein darf, dass die Mittel woanders hingehen. Wenn im Jahr 2014 die Jugendpauschale wegfällt, sieht es im Bereich Förderung freier Träger schlimm aus. Die Stadt muss sich bekennen, was gewollt ist. Wohin will die Stadt in der Jugendarbeit? Dieser Frage muss sich auch die Politik stellen. Wenn im August das KiföG umgesetzt werden muss, wird die Rechnung doppelt oder dreifach im Kitabereich hochgehen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, sprach an, dass eine Anpassung der Gebührensatzung Kita geprüft werden muss, es gab in den letzten Jahren Preissteigerungen, die berücksichtigt werden müssen.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, sprach an, dass die Gebührensatzung in 2013 angepasst werden soll, da wir auch durch das geänderte KiföG hier reagieren müssen. Die Erhöhung der Gebühren wird zwar eine leichte Entwicklung aber keine großen Effekte bringen. Die Erstattungen der KJHG-Ermäßigungen – Kita-Beitrag werden auch in die Höhe gehen. Ob es eine Erhöhung des Elternbeitrages geben wird, entscheidet dann der Stadtrat.

Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), was mit den Mitteln ist, wenn jetzt 2/3 statt 1/3 nach den Einnahmen nach § 7 UVG an das Land abgeführt werden müssen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass bisher das Land Sachsen-Anhalt eine positive Regelung bei den Rückforderungen zum Unterhaltsvorschussgesetz getroffen hatte. Das war eine Motivationshilfe. Durch die jetzige Regelung statt 1/3 jetzt 2/3 der Einnahmen an das Land abführen zu müssen, ist dies negativ für die Kommune. Es muss strategisch geschaut werden, was an Prävention in der Stadt passiert. Die Gesamtsituation im Haushalt muss hinbekommen werden. Die Förderung ist noch nicht ganz klar. Die Situation zum Haushalt, Auswirkungen des Ganztagsbetreuungsanspruches aber auch der Wegfall von Bürgerarbeit muss gesehen werden. Er kann z.Zt. noch keine Aussagen hierzu machen. Zum Ganztagsanspruch wurden ca. Werte ermittelt. Es ist aber noch nicht absehbar, wie die Entwicklung hier laufen wird. Er stimmte den Trägern zu, wenn diese jetzt schon sagen, das Betreuungspersonal fehlt. Es wird versucht, mit den Trägern von Kitas dies dann abzugleichen. Inwieweit dann ein Nachtrag in dem Bereich gemacht werden muss, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass bereits jetzt schon 1,5% Tarifierhöhungen eingeplant sein müssen. Also ist doch ein Nachtrag jetzt schon klar. Es kann nicht hingenommen werden, wenn jetzt bereits sichtbar ist, dass große Summen in dem Bereich fehlen. Das kann nicht erst mit einem Nachtrag zum Haushalt geklärt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass es beim Haushaltsplan auch Vorgaben gibt. Dies ist jedes Jahr gleich. Zu den Vorgaben hat er seine Meinung im Finanzausschuss gesagt. Er wird diese Vorgaben nicht kommentieren.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass von der Verwaltung erwartet wird, dass die Kommentierungen, welche hier zum Haushalt getätigt werden, auch an die entsprechenden Stellen weiter gegeben werden. Hier wurde klar und deutlich kommentiert, dass die reduzierten Mittel eindeutig fehlen und dieses nicht hingenommen werden kann. Die Stadt will eine kinderfreundliche Kommune sein, wir wollen Familien mit Kindern in dieser Stadt haben, also müssen auch die Voraussetzungen dafür gegeben sein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass er seinen Anteil dafür tun wird, entsprechend seiner Möglichkeiten.

Herr René Trömel, DIE LINKE., stellte einen Änderungsantrag zum Haushalt des Fachbereiches.

Er beantragt, dass beschlossen wird, dass in dem Bereich Betrieb von Kindertageseinrichtungen die Ist-Kosten des Jahres 2012 als Planansatz für das Jahr 2013 einzustellen sind.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, unterstützt diesen Änderungsantrag. Ihr ist unverständlich, warum Herr Geier noch nicht die Zahlen für das Jahr 2012 abschließend mitteilen kann. Der Vorteil von Doppik ist, dass dies dargestellt werden kann.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), unterstützt ebenfalls den Änderungsantrag. Sie fragt an, warum nicht so ein Änderungsantrag auch im Bereich der präventiven Mittel für die freien Träger formuliert werden kann? Der JHA kann doch einen Antrag dazu formulieren.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass es keine Begründung für solch einen Änderungsantrag gibt, warum es hier eine Erhöhung geben soll.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), richtet diese Frage an die Politik, ob dies nicht möglich wäre.

Antwort Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bei der Haushaltssituation der Stadt kann sie hierzu keine Antwort erwarten. Was soll dabei raus kommen? Dann würde die Situation kommen, dass der Haushalt nicht genehmigt wird. Die Träger möchten aber, dass sie so schnell als möglich auch ihre Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, das kann nur nach einem Haushaltsbeschluss erfolgen. Sie schlägt vor, dass zum Entwurf des Haushaltes 2014 bei dem Bereich freie Träger genau hingeschaut und über die Probleme geredet wird.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass diese beiden Themenbereiche nicht vermischt werden sollen. Wünsche sind das Eine, diese sind nicht immer zielführend. Der Änderungsantrag von Herrn Trömel zielt darauf ab, dass die gesetzliche Pflichtaufgabe mit den entsprechenden Mitteln gewährleistet werden soll.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass er den Druck und Zwang der Stadträte hinsichtlich des Haushaltes verstehen kann. Er gibt aber zu bedenken, dass ab dem Jahr 2014 eine andere Situation anstehen wird (BuT, Jugendpauschale). Im Jahr 2009 standen noch im Bereich Förderung freier Träger 2,5 Mio Euro zur Verfügung, jetzt sind es nur noch 1,5 Mio Euro. Hierzu muss man sich Gedanken machen. Magdeburg gibt hier deutlich mehr aus als Halle. Die Kinder und Jugendlichen gibt es doch trotzdem in der Stadt Halle.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass es viele Unwegbarkeiten gibt. Ab August muss die Umsetzung nach dem KiföG erfolgen. Ein Sparberater für die Stadt steht an. Wir sollten über die Mittel froh sein, die wir noch haben. Für das Jahr 2014 müssen wir unsere Kräfte einsetzen, um benötigte Mittel für die Bereiche durchzukriegen. Jetzt ist es der Bereich Kita, für den wir uns im Finanzausschuss und Stadtrat stark machen müssen, damit die erforderlichen Mittel bereit gestellt werden.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte an, ob er es richtig verstanden habe, dass im Jahr 2012 59,2 Mio Euro in dem Bereich Kita ausgegeben wurden?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, die Endzahlen für 2012 liegen noch nicht vor. Momentan reden wir hier von 59,2 Mio Euro.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, sprach an, dass er die genauen Zahlen wissen möchte.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass im SAP

59,2 Mio Euro hinterlegt sind, nachdem der überplanmäßige Antrag gezahlt worden ist. Bei der Summe ist noch nicht enthalten, was jetzt im Januar an Rechnungen von Dezember noch beglichen worden sind. Eine Aussage hierzu ist noch nicht möglich.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass die Ist-Zahlen im Bereich Kita dann bis zur Sitzung des Finanzausschusses vorliegen müssen und dort dazu entschieden werden muss. Er möchte, dass die Ist-Zahlen von 2012 für den Planansatz 2013 in dem Bereich Kita sich im Haushalt 2013 wiederfinden.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass unklar ist, warum die Endzahlen 2012 immer noch nicht vorliegen. Nach der Doppik müssen die Zahlen Anfang des Jahres vorliegen, Magdeburg und Chemnitz hat das gemacht.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Stellenplan ist beim ASD auch aufsuchende Seniorenarbeit enthalten, seit wann macht das der ASD?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass diese Stelle seit ca. 2005 im Stellenplan enthalten ist, da wurde dies dem Jugendamt übertragen. Der ASD in Halle ist der einzige aufsuchende Sozialdienst in der Stadt. Er macht hauptsächlich Jugendhilfe, aber eben auch aufsuchende Seniorenarbeit. Diese Stelle wechselt in das Dienstleistungszentrum Familie.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass die Verwaltung sich Gedanken machen muss, woher die Mittel kommen sollen. Die Gebührensatzung Kita muss angesehen werden, hier muss eine Gerechtigkeit der Verteilung erreicht werden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass die Diskussionspunkte abgearbeitet sind und es zur Abstimmung des Änderungsantrages von Herr René Trömel, DIE LINKE., kommen kann. Sie trug diesen vor und rief dann zur Abstimmung hierzu auf.

Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die unter TOP 5.1.1. stehende Beschlussvorlage „Haushaltsplan 2013 -Änderung zur Planversion E31“ zur Behandlung auf.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug vor, eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte dann vorzunehmen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob für diesen Vorschlag Konsens besteht. Hierfür gab es Zustimmung, so dass bei der Abstimmung danach verfahren wird und eine Einzelabstimmung zu den Produkten sowie in der Kostenstelle erfolgen wird.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, wieso hier im Jugendhilfeausschuss die Vorlage vorgelegt wird, wenn diese Änderungen dann durch die Kämmerei im Haushalt einfließen.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass hierzu immer im JHA das Votum eingeholt worden ist und die Änderungen hier vorgelegt wurden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur **Einzelabstimmung** der Änderungen in den Produkten sowie in der Kostenstelle entsprechend der Zusammenfassung der Haushaltsänderungen (Darstellung auf Austauschseite 5) auf:

1.34101/1.36302 UVG/FamFöG

Einstimmig zugestimmt

1.36101 – KJHG-Ermäßigung-Kita-Beitrag

Einstimmig zugestimmt

Vorschlag Herr Kramer , stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), diese Produkte zusammen anzusehen und kompakt zu den 3 Produkten abzustimmen. Dem Vorschlag wurde gefolgt und zusammen dazu abgestimmt:

1.36201; 1.36301; 1.36302 –Förderung Freie Träger/Jugendpauschale

Abgelehnt (Anmerkung PF: siehe hierzu ff. Textverlauf)

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, fragte an, ob den Mitgliedern bewusst ist, dass sie soeben die Mittel in Höhe von 1,8 Mio Euro, der nach Beschlussfassung aus JHA 06.12.12 und Landeszuwendung Jugendpauschale hierfür zur Verfügung stehen, abgelehnt haben. Die Ablehnung heißt, dass dann nur noch 1,5 Mio Euro in diesem Bereich zur Verfügung stehen.

Dies rief Betroffenheit und Bestürzung bei den Mitgliedern hervor und es bestand die Nachfrage, dies erläutert zu bekommen, wieso jetzt nur von der alten Summe 1,5 Mio Euro noch die Rede wäre. Rufe nach Wiederholung der Abstimmung wurden von mehreren Mitgliedern laut.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, wies auf die erfolgte Abstimmung hierzu hin.

Nach einigen Debatten stellte Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., den Geschäftsordnungsantrag die Abstimmung zu wiederholen. Er wies darauf hin, dass offensichtlich fehlende Kenntnisse der Mitglieder zur Sachlage vor der Abstimmung vorlagen und die Mitglieder hierzu noch Klärungsbedarfe haben. Er bat um Klärung des Sachverhaltes durch die Verwaltung und stellte den Antrag, die Abstimmung hierzu zu wiederholen.

Es bestand sichtliche Erleichterung über den gestellten Geschäftsordnungsantrag bei den Mitgliedern mit der verbundenen Bitte an die Verwaltung den Sachverhalt hierzu näher zu erläutern und auf die Abstimmungssumme einzugehen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Lange auf.

Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Lange einstimmig zugestimmt wurde und damit die Abstimmung wiederholt wird. Vorab der Abstimmung bat sie die Verwaltung die Zusammenhänge hierzu näher zu erläutern, damit den Mitgliedern klar ist, worüber abgestimmt werden soll.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, bat Frau Schneider die Zusammensetzung der Summen genau zu erläutern.

Frau Schneider erläuterte dass unterschiedliche Sachverhalte in der Beschlussvorlage vorliegen. Zum Einen handelt es sich um die Förderung Freier Träger (Zuschüsse) und zum anderen um die Landeszuweisung – Jugendpauschale. Die Jugendpauschale ist mit

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes nicht mehr Bestandteil nach § 9 FAG. Daher konnte keine Veranschlagung im Haushalt erfolgen. Durch das Ministerium für Arbeit und Soziales LSA wurde im Dezember 2012 informiert, dass ab dem Jahr 2013 die Jugendpauschale zweckgebunden für Maßnahmen nach § 11 – 14 SGB VIII als Landeszuweisung ausgereicht wird. Daher erhält die Stadt Halle für das Jahr 2013 550.200 Euro. Die Veranschlagung der Jugendpauschale hat im Produkt Jugendarbeit zu erfolgen. Durch die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.2012 zur Prioritätensetzung 2013 wurde bereits die Förderung von Leistungen i.H.v. 1,8 Mio Euro beschlossen. Somit entsprechen die Planansätze für diesen Bereich nach Haushaltsänderung wieder dem beschlossenen Leistungsumfang und dem Planansatz von 2012. Das heißt, es stehen 1,8 Mio Euro in dem Bereich Förderung wieder zur Verfügung, über welche heute abgestimmt werden muss. Auf der Austauschseite 5 ist eine Zusammenfassung der Haushaltsänderungen kompakt erfolgt, damit klar ist, dass alle Haushaltsänderungen insgesamt zuschussneutral sind.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn jetzt dem so zugestimmt wird, wird der Erhöhung auf 1,8 Mio Euro zugestimmt?

Dies wurde durch die Verwaltung bejaht.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), dass die kommunalen Mittel hier auf Grund anderer Zuweisungen reduziert worden sind?

Antwort Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dass die kommunalen Mittel bereits im 1. Ansatz reduziert worden sind und die Diskussion dazu bereits erfolgt ist.

Herr Kramer , stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) stellte fest, dass nicht nur die Mehreinnahme sondern auch Mehrausgabe mit beschlossen wird, dann ist das jetzt klar geworden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob nunmehr alle Unklarheiten hierzu beseitigt worden sind oder es noch Anfragen durch die Mitglieder gibt. Da keine Unklarheiten mehr bestanden, rief sie zur Abstimmung auf:

1.36201; 1.36301; 1.36302 –Förderung Freie Träger/Jugendpauschale

Einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen)

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, schlug vor, über die Produkte 1.36301 Jugendsozialarbeit – LAP und 1.36301 Jugendsozialarbeit – Frühe Hilfen zusammen abzustimmen, da im gleichen Produkt aufgeführt. Zum Vorschlag gab es Zustimmung.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung auf:

1.36301 Jugendsozialarbeit – LAP und 1.36301 Jugendsozialarbeit – Frühe Hilfen

Einstimmig zugestimmt

Antrag Frau Raab, FDP-Fraktion , dass die Abstimmung zum Produkt 5100.1230 in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlegt wird, da hierzu erst über die vorliegende nicht öffentliche Beschlussvorlage abgestimmt sein muss, bevor hierzu die Abstimmung erfolgen kann.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), machte darauf aufmerksam, dass die Behandlung des Haushaltes öffentlich ist und Teile davon nicht in den nicht öffentlichen Teil verschoben werden können.

Vorschlag Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., dass jetzt hier die Behandlung des Haushaltes unterbrochen wird, in der öffentlichen Tagesordnung weiter gegangen wird, dann der nicht öffentliche Teil mit der Dringlichkeitsvorlage abgehandelt wird und zum Schluss wieder der öffentliche Teil mit der Abstimmung zum Produkt 5100.1230 erfolgen kann.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob der Vorschlag von Herrn Lange angenommen wird oder es Widerspruch dazu gibt.

Es gab keinen Widerspruch zum Vorschlag, so dass dieser angenommen wurde.

Die Unterbrechung hierzu erfolgte um 17.35 Uhr.

Die Weiterbehandlung des TOP war im Anschluss an die nicht öffentliche Sitzung, um 18.55 Uhr.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung des Produktes 5100.1230 Umzüge/Miete Freimfelderstraße auf:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen

Einstimmig angenommen

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung zum Haushalt des Fachbereiches, hier Jugendamt, mit dem vorliegenden jetzigen Stand und dem zugestimmten Änderungsantrag von Herrn René Trömel, DIE LINKE., auf:

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013, **einschließlich der Änderung zur Planversion E31 (Vorlagennr. V/2013/11405) und dem Änderungsantrag des Stadtrates Herrn René Trömel, DIE LINKE., (Vorlagennr.: V/2013/11481)**
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

(Ende der gesamten Sitzung war um 19.00 Uhr)

**zu 5.1.1 Haushaltsplan 2013 - Änderung zur Planversion E31
Vorlage: V/2013/11405**

Diskussion und Abstimmung siehe unter TOP 5.1

Zusammenfassung der Abstimmungsergebnisse:

Einzelabstimmung zu den Kostenstellen/PSP :

<u>KST/PSP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
1.34101/1.36302	UVG/FamFöG	einstimmig
1.36101	KJHG-Ermäßigung-Kita-Beitrag	einstimmig
1.36201/1.36301/1.36302	Förderung Freie Träger/ Jugendpauschale	einstimmig/ 2 Enthaltungen
1.36301 1.36301	Jugendsozialarbeit – LAP und Jugendsozialarbeit – Frühe Hilfe	einstimmig
5100.1230	Umzüge/Miete Freimfelderstraße	7 Ja/0 Nein/ 8 Enthaltungen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Änderungen im Teilergebnisplan Fachbereich Bildung des Haushaltsplanentwurfes 2013, Planversion E31 in den Produkten 1.34101, 1.36101, 1.36201, 1.36301, 1.36302 sowie in der Kostenstelle 5100.1230.

**zu 5.1.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur
Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr
2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11481**

Diskussion und Abstimmung siehe unter TOP 5.1

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, in der Kostenstelle 1.36101 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen – die Ist-Kosten des Jahres 2012 aus dem Bereich Kindertagesstätten als Planansatz für das Jahr 2013 einzustellen.

zu 5.2 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien Vorlage: V/2012/11305

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab das Wort an die Verwaltung.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, sprach an, dass heute ein Austauschblatt zur Seite 2, Begründung ausgelegt worden ist. Hier wurde im Satzungstext zu § 5 im Absatz 2, 2. Satz eine Änderung aus dem Ausschuss EB Kita von der Verwaltung übernommen. Dies wurde fett markiert.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass im Ausschuss des EB Kita dem Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek einstimmig zugestimmt worden ist.

Anfrage Frau Heike Wießner, CDU-Fraktion, ob es während der Betriebsferien von Kitas dazu kommen kann, dass Eltern den Betreuungsplatz 2x bezahlen, einmal bei ihrem Träger, da hier der Betreuungsvertrag besteht und dann nochmals, wenn während der Betriebsferien das Kind von den Eltern in einer anderen Kita untergebracht werden muss? Oder gibt es hier eine interne Regelung zwischen den beiden Kita-Trägern hierzu?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass bei Unterbringung des Kindes für diese Zeit der Status eines „Gastkindes“ ist. Wenn die Unterbringung bei dem gleichen Träger erfolgt, ist das sicher kein Problem, das im Sinn der Eltern zu regeln. Wenn für die Zeit der Schließung das Kind anderweitig untergebracht wird, muss für diese Zeit ein Betreuungsvertrag abgeschlossen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass bei der Überbrückungszeit zu den Betriebsferien ja die Nutzung dieses anderen Kitaplatzes erfolgt, welcher in dem Moment nicht anderweitig vergeben werden kann.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass im Ausschuss des EB Kita der Änderungsantrag gestellt worden ist, weil die im Satzungstext beschriebenen Schließzeiten zu den Betriebsferien auf 3 Wochen festgesetzt waren. Für Eltern ist es kaum umsetzbar, 3 Wochen in Urlaub zu gehen. Dieser Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek ist ein Kompromiss auf zusammenhängende 2 Wochen zu gehen, da die Betriebsferien in den Kitas geblieben sind.

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte den Änderungsantrag, dass der § 5 Betriebsferien in der Satzung ganz gestrichen werden sollte. Dies wäre im Sinn der Eltern und der Kinder. Jeder Träger hat seinen Urlaubsplan so zu machen, dass der Dienst abgesichert werden kann und die Mitarbeiter dennoch ihren Jahresurlaub nehmen können. Kein Seniorenheim, kein Krankenhaus, kein Supermarkt kann schließen, weil die Mitarbeiter ihren gesetzlichen Urlaub abgeben. Der Betrieb läuft dennoch weiter. Es gibt auch Träger, die keine Betriebsferien machen und da läuft das auch.

Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), sprach an, dass ihr Herz zu dem Änderungsantrag ja sagt. Aus der Praxis weiß sie aber auch, dass die Betriebsferien genutzt werden, um den Betreuungsschlüssel gewährleisten zu können. Es ist verständlich, dass die Abgeltung des Jahresurlaubes oder die Wahrnehmung von Fortbildungen gewährleistet sein muss. Demzufolge wird dies über die Betriebsferien versucht, auszugleichen.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass sie als Träger von Kindertageseinrichtungen 3 Wochen Betriebsferien machen. Allerdings findet in der Einrichtung, welche Betriebsferien hat, eine Notbesetzung für die Eltern, die keinen Urlaub machen können, statt. Sie stimmt Frau Pohl zu. Es ist ganz schwierig, den Betreuungsschlüssel gewährleisten zu können, wenn eine bestimmte Anzahl an Betreuungspersonal fehlt.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), stimmte Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), ebenfalls zu. Der Personalschlüssel ist gesetzlich vorgegeben und der muss eingehalten werden. Eine Abdeckung des Urlaubsanspruches des Betreuungspersonals muss auch geregelt werden. Es ist sicher schwierig aber nicht zu ändern. Die Tatsachen sind so.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass sich der Personalschlüssel ja sicher geringfügig durch die Änderung im KiföG ab August dieses Jahres ändern. Sie fragte an, ob bei Zustimmung zu dem Änderungsantrag dies auch Bindungskraft für den EB Kita hat?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass die Verwaltung sicher den Änderungsantrag nicht übernehmen würde. Die Entscheidung liegt dann beim Hauptausschuss und Stadtrat.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass dies lange im Ausschuss des EB Kita diskutiert worden ist. Deshalb entstand mit dem Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek der Kompromiss statt 3 Wochen auf maximal 2 Wochen zusammenhängender Betriebsferien zu gehen. Die Frage ist, ob die Verwaltung diesen Änderungsantrag übernehmen wird. Das möchte sie wissen, da dies ihr Abstimmungsverhalten bestimmt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass die Diskussion im Ausschuss des EB Kita lange dazu geführt worden ist. Der Urlaubsanspruch der Mitarbeiter muss abgegolten werden. Der Änderungsvorschlag von H.Scholtyssek ist da evtl. als einziger Vorschlag praktikabel. Wenn auch freie Träger sagen, sie brauchen den Spielraum der Betriebsferien, können diese nicht abgeschafft werden. Er würde den Vorschlag von Herrn Scholtyssek übernehmen, da dies eher umsetzbar wäre.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), brachte den Einwand, dass hier nicht über Arbeitstage sondern 2 zusammenhängende Wochen gesprochen wird.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, antwortete, dass es darum geht, dass nicht bis zu 3 Wochen sondern nur maximal zusammenhängend 2 Wochen Betriebsferien gemacht werden sollen, da die Eltern kaum zusammenhängend 3 Wochen Urlaub nehmen können.

Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), sprach an, dass sie weiß, dass die Kitas bemüht sind, gute Lösungen zu finden. Die Eltern wissen auch lange vorher Bescheid, so dass sie sich auf die Betriebsferien einstellen können. Die Kitas bemühen sich im Interesse der Eltern und Kinder Lösungsmöglichkeiten zu finden. Es muss die praktikabelste Lösung im Sinne von Qualität gefunden werden.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass sie zustimmen würde, weil die Entscheidung, ob die Kita geschlossen wird, das Elternkuratorium trifft.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Kitas bei ihr als Träger keine Betriebsferien haben. Es kann nicht als Begründung hingenommen werden, dass Betriebsferien sein müssen, damit die Kitas ihren Betreuungsschlüssel gewährleisten können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gesehen werden. Die Problematik, welche Frau Wießner anfangs angesprochen hatte, ist auch nicht von der Hand zu weisen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass sie bei dem Änderungsantrag bleibt. Es geht nicht darum, organisatorische Missverhältnisse auszugleichen sondern um die Kinder und deren Eltern und deswegen muss der § 5 gestrichen werden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief den **Änderungsantrag von Frau Raab, FDP-Fraktion, zur Abstimmung auf**.

4 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Mehrheitlich abgelehnt

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief den **Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Abstimmung auf**.

Einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen)

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur **Abstimmung** „der Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 im § 5 Betriebsferien“ einschließlich der Änderung aus dem zugestimmten Änderungsantrag von Herrn Scholtyssek auf:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen)

Geänderter Beschlussvorschlag

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 im § 5 Betriebsferien zu.

(Beschluss mit Änderung im Satzungstext § 5 (1), 1. Satz – siehe Gegenüberstellung Satzungstext alt und neu)

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003, hier § 5 Betriebsferien [Vorlagennr.: V/2012/11305]
Vorlage: V/2013/11477**

Diskussion und Abstimmung siehe unter TOP 5.2

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der § 5 wird ersatzlos gestrichen.

zu 5.2.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - V/2012/11305
Vorlage: V/2013/11417**

Diskussion und Abstimmung siehe unter TOP 5.2

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag zur Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vom 28. Mai 2003 - hier: § 5 Betriebsferien wird wie folgt ergänzt

bisheriger Text	Überarbeitung
(1) Aus betriebsorganisatorischen Gründen sollen Kindertageseinrichtungen im laufenden Jahr zusammenhängend bis zu drei Wochen und im Dezember/Januar eine Woche geschlossen werden. Der Schließungszeitraum wird im Benehmen mit dem Kuratorium festgelegt und den Eltern rechtzeitig, mindestens fünf Monate im Voraus, bekannt gegeben.	(1) Im Verlaufe eines Kalenderjahres können Kindertageseinrichtungen für einen Zeitraum von bis zu 3 Wochen, maximal jedoch für einen Zeitraum von zusammenhängend 2 Wochen geschlossen werden. Die Entscheidung, ob Kindertageseinrichtungen geschlossen werden, trifft das Elternkuratorium. Dazu kann es einen Vorschlag des Trägers der Kindertageseinrichtung einholen.

**zu 5.3 Geschäftsordnung der Sozialraumgruppen der Jugendhilfe -1.Änderung
Vorlage: V/2012/11335**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob es zur Beschlussvorlage Nachfragen gibt.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit den hier vorgeschlagenen Änderungen zur Geschäftsordnung einverstanden ist.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) und Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung sprach an, dass die Geschäftsordnung der Sozialraumgruppen im Jahr 2011 beschlossen worden ist. Im Nachgang wurde festgestellt, dass einige Dinge bereinigt werden müssen und dies ist jetzt erfolgt. Die Änderungen wurden im Unterausschuss besprochen und dieser hat zugestimmt. Es handelt sich hierbei nicht um gravierende Änderungen.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, sprach an, dass die Geschäftsordnung den Realitäten angepasst worden ist.

Keine weiteren Nachfragen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der geänderten Geschäftsordnung (gemäß Anlage II) zu.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines
Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276**

Abstimmungsergebnis:

Wurde vom Antragsteller zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietenmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Kindertagespflege
Vorlage: V/2012/11282**

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass es mittlerweile zu dem Antrag eine geänderte Stellungnahme der Verwaltung gibt. Sie freut sich, dass es jetzt hierzu Klarheit gibt und von der Verwaltung empfohlen wird, den Antrag anzunehmen. Dass die Erarbeitung einer entsprechenden Richtlinie unter Einbeziehung weiterer Fachbereiche noch etwas Zeit benötigt, versteht sie. Deswegen ändert sie das Datum im Beschlussvorschlag auf Juni, wo dies dem Stadtrat vorgelegt werden soll.

Es gab keine Anfragen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Entwurf für „Richtlinien zur Kindertagespflege“ zu erarbeiten und dem Stadtrat spätestens im ~~März~~ **Juni** 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Zuge der Erarbeitung soll zudem geprüft werden, inwieweit die Voraussetzungen, die derzeit an die Inanspruchnahme eines Tagespflegeplatzes gestellt werden, aufgehoben werden können. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit dem Entwurf der Richtlinie vorzulegen.

Die Richtlinie soll u.a. berücksichtigen:

- a) Hinweise auf gesetzliche Rahmenbedingungen

- b) Anforderung an Tagespflegeperson und –stelle
- c) Vertretungsregelung
- d) Finanzierung
- e) Beitragsregelung für Eltern
- f) Konzept zur Qualitätsentwicklung und –überwachung
- g)

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), teilte mit, dass die Stadt Halle die Aufforderung zur Mitwirkung bei der Wahl der Schöffen und Jugendschöffen erhalten hat. Im Fachbereich Bildung ist Herr Sattler für die Jugendschöffen zuständig. Es wird noch eine Veröffentlichung im Amtsblatt geben, Bewerbungsschluss für das Ehrenamt ist der 30.04.2013. Es ist vorgesehen im Juni spätestens Juli die Jugendschöffen im Jugendhilfeausschuss zu wählen.

Keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), teilte mit, dass der Themenspeicher vorliegt und für März jetzt noch die Vorstellung des Ausländerbeirates dazu kommt.

Anfrage Herr Kramer , stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wann die heute vertagten Sachen für den JHA anstehen?

Die Verwaltung teilte mit, dass der Bericht zur Schulsozialarbeit für JHA April und der Entwurf der Richtlinie zur Kindertagespflege im Mai/Juni, die BEP 2013 für März anstehen.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass sie angeregt hatte, dass dann auch zwei Tagesmütter zu dem Thema eingeladen werden, um ihre Sichtweise darzulegen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zum Ansatz BuT 2013, dies sollte schriftlich kommen und steht noch aus.

Antwort Frau Simon, Führungsunterstützerin im GB IV, dass dies nicht aus dem Fachbereich Bildung sondern dem Fachbereich Soziales mitgeteilt werden kann. Dies wird monatlich berechnet, sie wird hierzu Rücksprache nehmen und sich um die Erledigung kümmern.

Herr Dölle bat um Zuarbeit per Email. **Dies wurde ihm zugesagt.**

Anfragen Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

1. Sie hat in einem newsletter gelesen, dass Halle kurz davor steht, kinderfreundliche Kommune zu werden. Wie ist der Stand hierzu?
2. Zum Begrüßungspaket sollte es Umstrukturierungen geben, wie ist der Stand?

Antwort Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, zu 1.:

Das entspricht noch nicht den Tatsachen. Es wird daran gearbeitet und Verein möchte, dass die Stadt Halle hierbei mitmacht. Dies muss durch den Stadtrat noch beschlossen werden, momentan noch nicht Unterschriftsreif.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, zu 2.:

Hieran sind mehrere Personen beteiligt. Es steht noch die Frage, durch wen das gemacht wird, evtl. durch freien Träger. Frühestens im April/Mai kann dazu informiert werden.

Anfrage Herr Hildebrandt , CDU-Fraktion, zum Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft (KdU) , wieso dieser im Jugendhilfeausschuss behandelt werden soll, da KDU nicht Angelegenheit der Jugendhilfe ist.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass dieser Antrag durch Geschäftsordnungsantrag aus dem Stadtrat in den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden ist.

zu 11 Anregungen

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), dankte der Verwaltung dafür, dass die isw-Studie nunmehr zur Verfügung gestellt worden ist.

Anregung Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), in Bezug auf Stark III, energetische Sanierung von Kitas. Sie regte an, dass die Stadt bei Zins und Tilgung Lösungen finden muss, um Träger hier bei der Finanzierung zu unterstützen. Die Stadträte sollten hier die Chance sehen, dort zur Verfügung stehende Mittel in Anspruch nehmen zu können. Es entsteht der Eindruck, dass der EB Kita hiervon profitieren soll. Hier muss gemeinsam mit den freien Trägern , der Verwaltung und der Politik nach Lösungen gesucht werden.

Anregung Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), die Träger sollten gebeten werden, dass diese die Eltern zu den Bedarfen entsprechend des neuen KiföG zum Betreuungsanspruch ab August anfragen, damit diese Abfrage zeigt, wie hoch die Bedarfe hier sind und die Träger darauf eingestellt sind.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, dass gegenwärtig die Bedarfe geprüft und hochgerechnet werden.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ob auch die freien Träger die isw-Studie zugesendet bekommen haben.

Dies wurde durch die Träger bejaht.

Ende des öffentlichen Teils um 18.15 Uhr – Einleitung des nicht öffentlichen Teils, um anschließend nochmals, wie festgelegt, kurz zum öffentlichen Teil , TOP Haushalt, zurück zu kehren.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sagte eine kurze **Pause von 10 min. an.**

Tobias Kogge
Beigeordneter

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in